

An die Präsidentinnen und Präsidenten sowie Verantwortlichen der
Mitglied- und weiteren Organisationen

Bern, 04. Oktober 2016

Sessionsbrief von Christian Wasserfallen

Liebe Präsidentinnen und Präsidenten
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Im letzten Sessionsbrief vom Juni hatte ich erwähnt, dass der Nationalrat in der letzten Session keine zusätzlichen Mittel für die Förderung der Bereiche **Bildung, Forschung und Innovation** (BFI-Bereiche) sprechen wollte. Der Ständerat hat die in der **BFI-Botschaft 2017-2020** vorgesehenen Mittel nun auf 26.4 Milliarden Franken erhöht. Das sind 395 Mio. Franken mehr als der Bundesrat beantragt und der Nationalrat bisher bewilligt hatte. Davon gehen zusätzliche 40 Millionen Franken an die Fachhochschulen. Der Nationalrat hat dieser Erhöhung ebenfalls zugestimmt.

Handlungsbedarf besteht, was das **EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020** betrifft. Ob die Schweiz ab 2017 vollasoziiert oder in den Drittstaatstatus zurückversetzt wird, hängt von der Weiterführung der Personenfreizügigkeit und deren Ausweitung auf Kroatien ab. Die Vollasoziiierung für Horizon 2020 ist das erklärte Ziel von Bundesrat und Parlament. Der Bundesrat hat im März 2016 den ersten Schritt getan und das Kroatien-Protokoll unterschrieben. Noch muss es ratifiziert werden. Die Bedingung dazu ist die Einigung mit der EU über eine Regelung zur Steuerung der Zuwanderung. Der Nationalrat hat mit dem "Inländervorrang light" die Voraussetzung nun geschaffen, der Ständerat entscheidet aber erst in der Wintersession. Damit kann die Ratifizierung des Kroatien-Protokolls frühestens im Dezember durchgeführt werden. Die Unsicherheit ist gross. Und die Forscher müssen im anstehenden Quartal ihre Projekte planen können. Der Bundesrat muss nicht zwingend auf den Ständeratsentscheid warten, um das Kroatien-Dossier zu bereinigen. Ich fordere ihn deshalb auf, dies in den nächsten Tagen an die Hand zu nehmen.

Auf der Zielgerade befindet sich das **Bundesgesetz über die Gesundheitsberufe (GesBG)**. National- und Ständerat haben dem Gesetz, das neu auch ein nationales Gesundheitsberuferegister vorsieht, bereits grundsätzlich zugestimmt. Nun hat der Ständerat auch noch das im Rahmen der Fachkräfteinitiative nachträglich eingebrachte Projekt "Interprofessionalität im Gesundheitswesen 2017-2021" mit maximal 8 Millionen Franken unterstützt. Die Finanzierung muss aber haushaltsneutral erfolgen.

Herzliche Grüsse



Christian Wasserfallen
Präsident FH SCHWEIZ, Nationalrat

Weitere Informationen
www.fhschweiz.ch